

Anno ... 37. Woche

1900, 17.-21. September: Die SPD hält ihren jährlichen Parteitag in Mainz ab. Die Delegierten trauern um Wilhelm Liebknecht, den am 7. August verstorbenen Mitbegründer der Partei. Ein neues Statut wird verabschiedet, das aber den Ansprüchen einer straff geführten Partei zu Beginn des Imperialismus nicht entspricht: Weiterhin ist jeder Mitglied, der sich zum Parteiprogramm bekennt und die Organisation regelmäßig finanziell unterstützt. Die opportunistischen Strömung um Karl Kautsky herum setzt damit ihre Auffassung durch.

1905, 17.-23. September: Der Parteitag der SPD in Jena bejaht den politischen Massenstreik als Abwehrmittel zur Verteidigung des Wahl- und Koalitionsrechts. Die Mehrheit weist Versuche aus Kreisen der opportunistisch-reformistischen Gewerkschaftsführung zurück, die dieses Abwehrmittel ablehnen.

1925, 13.-18. September: Die SPD verabschiedet in Heidelberg ein neues Programm; das war nach der Fusion mit rechten Teilen der USPD nötig geworden. Dem Papier liegt die Auffassung zugrunde, daß sich mit dem Sturz der Monarchie und der Errichtung der Republik der Charakter des Staates grundlegend gewandelt habe, weshalb die Arbeiterbewegung ihre Positionen im Staat jetzt durch Wahlen und Koalitionen mit bürgerlichen Parteien erweitern könne und so schrittweise zum Sozialismus komme.

1940, 13. September: Die Truppen Mussolinis greifen von Libyen aus Ägypten an. Ziel ist es, die britische Flotte im Hauptstützpunkt in Alexandria zu zerstören und dann den Suez-Kanal zu erobern. Die britischen Kräfte sind zu schwach für eine Abwehr und ziehen sich zurück, die Faschistenarmee kommt schnell voran. Dennoch gibt es Verluste, Mängel im Nachschub und Störungen in der Truppenversorgung, so daß der Angriff am 18.9. bei Sidi Barrani zum Stehen kommt. Am 9.12. beginnt eine britische Gegenoffensive; die italienischen Truppen werden aus der Kyrenaika zurückgedrängt.

1950, 19. September: Mit dem »Adenauer-Erlaß« beginnt die Zeit der Berufsverbote für Kommunisten. Parallel dazu wird der Artikel 131 im Grundgesetz installiert, der Grundlage für die beschleunigte Wiedereingliederung ehemaliger Nazibeamter in den Staatsdienst bildet. Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, die für KPD, VVN, FDJ und andere linke Organisationen tätig sind, werden auf Anweisung des Bundesinnenministers aus dem Staatsdienst entfernt.

<https://www.jungewelt.de/artikel/150696.anno-37-woche.html>